

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001  
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4506, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 06  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen,

den folgenden Titel des Einzelplans 06 um 25 Mio. DM zu erhöhen:

06 02-532 05 „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Berlin, den 27. November 2000

**Petra Pau  
Ulla Jelpke  
Roland Claus und Fraktion**

### **Begründung**

In diesem Haushaltsposten werden die Mittel für das Bündnis für Demokratie und Toleranz eingestellt. Vertreter der Bundesregierung haben am 23. Mai 2000 auf einer Festveranstaltung des Bündnisses in der Staatsoper in Berlin angekündigt, so der Bundesminister des Innern, Otto Schily, dass man Geldmittel für einen Hilfs-Fonds für Menschen einrichten wolle, die Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt geholfen und sich ihren Angreifern entgegengestellt haben. Die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, kündigte an, dass man für die Arbeit des Bündnisses Mittel im Bundeshaushalt bereitstellen wolle (Der Tagesspiegel, 23. Mai 2000). Vertreter der Regierungsparteien haben ebenfalls angekündigt, dass man Anträge in den Deutschen Bundestag einbringen wolle, um Modellprojekte gezielt zu fördern (taz, 23. Mai 2000).

Um die Arbeit antifaschistischer und antirassistischer Organisationen und Initiativen zu fördern, werden zu diesem Zweck zusätzliche 20 Mio. DM bereitgestellt. Diese Mittel sollen dazu dienen, die Arbeit dieser Organisationen zu fördern und zu unterstützen. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz soll die Mittel an die einzelnen Initiativen vergeben.

Durch die finanzielle Förderung soll eine Gegenmobilisierung breiter Bevölkerungsschichten gegen rechtsextreme und rassistische Bestrebungen gestützt werden.

Für einen Hilfs-Fonds für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt und jene Menschen, die selber geschädigt werden, weil die Opfern rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt zu Hilfe kamen, sollen weitere 5 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden.